

In diesem Beitrag soll gezeigt werden, dass die Begriffe *Republik* (Demokratie, Gesellschaft) und *Bildung* zueinander in einem spezifischen wechselseitigen Ermöglichungs- und Bedingungsverhältnis stehen. Einerseits setzt die Partizipation des Individuums an einer Öffentlichkeit, wie sie von (republikanischer) Demokratie gemeint und angezielt ist, eine bestimmte Form von gehaltvoller Bildung (die hier näher beschrieben werden soll) voraus bzw. wird von dieser Bildung begünstigt und gefördert. Auf der anderen Seite muss der kollektive Reflexionsprozess „Bildung“ (als öffentlicher, gesellschaftsumgreifender Identitätsdiskurs) zusammen mit der von diesem transzendental vorausgesetzten Freiheit von der Staatsform und der in dieser verkörperten Politik erst einmal gewollt bzw. zugelassen werden. Geplant sind in diesem Sinn also Beschreibung und Analyse der logischen Beziehungsstruktur zwischen den Begriffen Republik und Bildung.

Im Gegensatz zu und in bewusster Absetzung von gängigen, aktuellen „Bildungskonzepten“ als Bündelung von untereinander nur lose oder überhaupt nicht verbundenen formalen Kompetenzen eines primär im Hinblick auf ökonomische Funktionalität optimierten Individuums meint Bildung hier (kollektive) Bewusstseinsbildung (nicht nur, aber auch wesentlich im Hinblick auf (kollektive) Handlungsfähigkeit). Bildung ist ein gesellschaftsumfassender Reflexions-, Diskurs- und Aushandlungsprozess über die Frage, was uns ausmacht, wer wir sind (sein wollen), welche Relevanzen unsere kollektive Lebensform ausmachen und tragen (sollen). Bildung ist nicht der Stand, das Ergebnis dieses Diskurses zu einem bestimmten Zeitpunkt, Bildung ist der Diskurs selbst, zu dem alle eingeladen sind, sich in ihrer je eigenen Individualität einzubringen. In etwas pointierter Form könnten man Bildung verstehen als Diskurs über die Frage, was Bildung ist. So verstanden ist Bildung eine genuine „res publica“, eine öffentliche Sache, in der sich diese „Republik“ im doppelten Wortsinn „bildet“. Eine besondere Herausforderung liegt dabei auch darin, nicht bloß eine Form der (ökonomischen) Funktionalität durch eine andere zu ersetzen, nämlich durch die politische Funktionalität der entsprechend optimierten Staatsbürgerinnen und Staatsbürger.

Eine der vornehmsten Aufgaben „organisierter Bildung“ (staatlicher Bildungseinrichtungen) wäre die Befähigung und Motivation der Individuen zur Partizipation an Bildung im Sinne eines Öffentlichkeit konstituierenden, tragenden und gestaltenden Bildungsdiskurses. Unter dieser Perspektive soll auch die bestehende Bildungspraxis kritisch in den Blick genommen werden. Andererseits muss (wie bereits oben angedeutet) die in und mit diesem Bildungsdiskurs vorausgesetzte Freiheit und Inklusivität auf politischer Ebene getragen und abgesichert werden – eine Aufgabe, die man vielleicht am ehesten funktionierenden demokratisch verfassten Gesellschaften zutrauen könnte, die aber auch ein hohes Maß an Aufmerksamkeit (oder sogar Wachsamkeit) und Beteiligung auf Seiten der Staatsbürgerinnen und Staatsbürger voraussetzt. Bildung und Republik oder allgemeiner Bildung und Politik sind somit

dialektisch aufeinander bezogen und aufeinander angewiesen, sofern es tatsächlich um eine freiheitlich verfasste, kollektiv getragene und gestaltete öffentliche Sache geht: Bildung hat eben nicht (nur) die Aufgabe, bestehende gesellschaftliche (Macht-)Verhältnisse zu reproduzieren, sie kann und muss auch immer wieder antithetisch diese Verhältnisse befragen, negieren und verändern und sich dabei manchmal auch beachtlichen Beharrungstendenzen des Bestehenden und Etablierten entgegenstemmen. Mit anderen Worten und einfacher formuliert: Bildung muss auch Gesellschaft produzieren innerhalb eines Kollektivs, das an seiner eigenen Veränderung und Weiterentwicklung aktiv interessiert ist.

Rainer Schmid-Zartner ([rainer.schmid-zartner1@schule.at](mailto:rainer.schmid-zartner1@schule.at))

Johannes Hafner ([jhafner.vienna@gmail.com](mailto:jhafner.vienna@gmail.com))